



Der
Rechnungshof

Bundesrechnungsabschluss für das Jahr 2007

Kurzfassung

Die österreichische Wirtschaft entwickelte sich im Jahr 2007 wie im Vorjahr zu den Annahmen und auch im internationalen Vergleich sehr gut. Die reale Wachstumsrate lag über drei Prozent, die Arbeitslosigkeit ging zurück. Der Leistungsbilanzsaldo verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr, die Inflationsrate stieg auf über zwei Prozent.

Im Finanzjahr 2007 wurden im Allgemeinen Haushalt des Bundesvoranschlages Ausgaben von 69,575 Mrd. EUR und Einnahmen von 65,713 Mrd. EUR und somit ein Abgang von 3,862 Mrd. EUR veranschlagt. Die tatsächlichen Ausgaben lagen um 2,757 Mrd. EUR und die tatsächlichen Einnahmen um 3,750 Mrd. EUR höher, woraus sich ein endgültiger Abgang von 2,870 Mrd. EUR ergab. Er lag somit um 0,992 Mrd. EUR unter dem veranschlagten Betrag. Die Nettofinanzschulden des Bundes stiegen auf 157,301 Mrd. EUR.

Das öffentliche Defizit des Staates laut ESVG 95 sank von 3,858 Mrd. EUR auf 1,459 Mrd. EUR (0,5 % des BIP); die Verschuldung des Staates stieg um 1,872 Mrd. EUR auf 161,328 Mrd. EUR (59,6 % des BIP). Die Einnahmenquote betrug 25,3 % und Ausgabenquote 26,3 %.

Im Hinblick auf die Schere zwischen Einnahmenquote und Ausgabenquote, die Verschuldung des Staates (161,328 Mrd. EUR), die Belastungen zukünftiger Finanzjahre (104,832 Mrd. EUR) sowie den Stand der Haftungen (85,138 Mrd. EUR) hält der RH strukturelle Konsolidierungsmaßnahmen für unbedingt erforderlich, um eine nachhaltige Budgetsänierung zu erreichen.

Kurzfassung

Allgemeine Bemerkungen

In erster Linie dient der Bundesrechnungsabschluss (BRA) als Grundlage zur Ausübung der Kontrollrechte des Nationalrates. Er dokumentiert das Ergebnis der Gebarung des Bundes.

Der BRA stellt die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des Bundes und der von ihm verwalteten Rechtsträger dar und gibt insbesondere Auskunft über den Stand der Bundesschulden. Bestandteile des BRA sind die Voranschlagsvergleichsrechnung, die Erfolgsrechnung, die Vermögens- und Schuldenrechnungen sowie die Abschlussrechnungen der vom Bund verwalteten Rechtsträger und Erläuterungen.

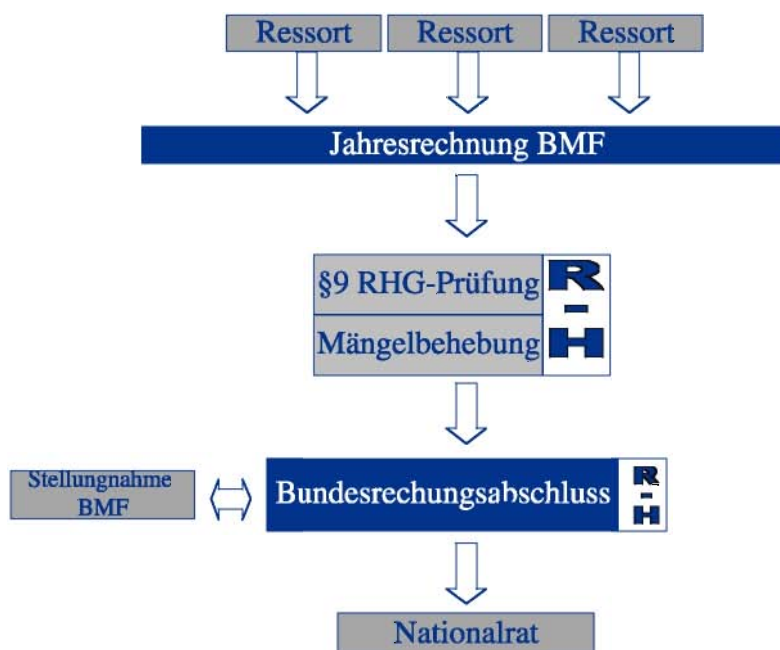
Während der erste Band in einem Textteil die Grundlagen und Erläuterungen zum BRA enthält, sind im zweiten Band, dem Zahlenteil, die Abschlussrechnungen und tabellarischen Übersichten dargestellt.

Im BRA 2007 wurde statistisches Datenmaterial mit dem Stand Juli 2008 berücksichtigt. Allenfalls für frühere Jahre vorzunehmende Revisionen und Aktualisierungen von Zahlenwerten wurden dabei berücksichtigt. Dadurch können sich Abweichungen gegenüber den im BRA 2006 enthaltenen Daten ergeben.

Prüfung der Jahresrechnungen und Erstellung des BRA (siehe TZ 1.2)

Die einzelnen Ressorts haben nach Ablauf jedes Finanzjahres entsprechend einem vom Bundesminister für Finanzen festgesetzten Terminplan über ihre gesamte budgetmäßige Einnahmen- und Ausgabebebarung Jahresrechnungen zu erstellen. Die gesammelten Jahresrechnungen übermittelt das Bundesministerium für Finanzen an den Rechnungshof (RH).

Dieser prüft gemäß § 9 Rechnungshofgesetz 1948 die Richtigkeit der Daten für den BRA sowie die Gesetzmäßigkeit des Budgetvollzugs. Gefundene Mängel werden dabei im unmittelbaren Kontakt zwischen RH und rechnungslegender Stelle behoben. Aufgrund dieser korrigierten Daten erstellt der RH den BRA.



Der BRA wird dem Bundesminister für Finanzen zur Stellungnahme (Frist: drei Wochen) übermittelt. Eine allfällige Stellungnahme wird in den BRA eingearbeitet. Gemäß § 9 Absatz 1 Rechnungshofgesetz 1948

ist bis spätestens 30. September des folgenden Finanzjahres der BRA dem Nationalrat zur Behandlung vorzulegen. Im Nationalrat wird der BRA zunächst im Budgetausschuss beraten und sodann im Rahmen eines Bundesgesetzes genehmigt.

Im Gegensatz dazu verfasst der Staatsschuldenausschuss einen jährlichen Bericht, dessen grundsätzliche Zielsetzung sich auf die Einschätzung zur finanzpolitischen Lage einschließlich Analysen über volkswirtschaftlichen Auswirkungen der Finanzoperationen der öffentlichen Haushalte in Österreich sowie hierauf gegründete Empfehlungen des Staatsschuldenausschusses bezieht.

Gesamtwirtschaft (siehe TZ 2)

Die österreichische Wirtschaft entwickelte sich im Jahr 2007 ähnlich gut wie im Vorjahr. Die reale Wachstumsrate lag über drei Prozent, Arbeitslosigkeit und Leistungsbilanzsaldo verbesserten sich gegenüber dem Vorjahr. Die Inflationsrate stieg auf über zwei Prozent.

Die Maastricht-Defizitquote des Staates sank von 1,5 % auf 0,5 %, der Schuldenstand unterschritt die Referenzmarke von 60 % des BIP.

Die Erreichung des Stabilitätsziels eines über den Konjunkturzyklus ausgeglichenen Haushalts wird für den laufenden Zyklus unwahrscheinlich. Der RH empfahl strukturelle Konsolidierungsmaßnahmen, die auch zur Erfüllung der EU-Ratsforderung (Stellungnahme vom 4. März 2008 zum aktualisierten Stabilitätsprogramm 2007 – 2010) nach einer Beschleunigung der Budgetkonsolidierung erforderlich wären. Der Rat führte in seiner Stellungnahme aus: „Die dauerhafte Konsolidierung der öffentlichen Finanzen wird auch von einer Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen den verschiedenen Staatsebenen abhängen, die gegenwärtig zu komplex und undurchsichtig sind.“

Im Hinblick auf die Schere zwischen Einnahmenquote 25,3 % (2006: 25,3 %) und Ausgabenquote 26,3 % (2006: 27,0 %), die Verschuldung des Staates (161,328 Mrd. EUR), die Belastungen zukünftiger Finanzjahre (104,832 Mrd. EUR) sowie den Stand der Haftungen (85,138 Mrd. EUR) hält der RH strukturelle Konsolidierungsmaßnahmen für unbedingt erforderlich – dies umfasst eine strikte Ausgabendisziplin aller Gebietskörperschaften, um eine nachhaltige Budgetsanierung zu erreichen.

Diese strukturellen Konsolidierungsmaßnahmen erfordern auch eine umfassende Verfassungs- und Verwaltungsreform sowie eine Haushaltsreform unter Einbeziehung aller Gebietskörperschaften und eine Zusammenführung von Finanzierungs- und Aufgabenverantwortung im Rah-

men der Finanzausgleichsverhandlungen, um nachhaltige Maßnahmen zur Senkung der Ausgaben und Einnahmen zu ermöglichen.

**Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen
(siehe TZ 2.1)**

Der Bundesvoranschlag für 2007 wurde auf der Grundlage einer nominalen Wachstumsrate der österreichischen Wirtschaft von 4,4 % erstellt.

Nach den bisherigen Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (Stand: Juli 2008) belief sich das Brutto-Inlandsprodukt 2007 zu laufenden Preisen auf 270,837 Mrd. EUR und erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr (257,294 Mrd. EUR) um nominell 5,3 %. Die Wachstumsrate lag damit um 0,9 % über der bei der Erstellung des Bundesvoranschlags angenommenen Wachstumsrate.

Die im § 2 des Bundeshaushaltsgesetzes (BHG) als Ziele der Haushaltsführung und zugleich als Erfordernisse eines gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes angeführten Indikatoren (hoher Beschäftigungsstand, hinreichend stabiler Geldwert, Sicherung des Wachstumspotentials sowie Wahrung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts) zeigen für 2007 gegenüber dem Vorjahr folgende Entwicklungen:

	Gegenüberstellung	
	2006	2007
BIP-Wachstum real („Sicherung des Wachstumspotentials“)	+ 3,4 %	+ 3,1 %
Inflationsrate („hinreichend stabiler Geldwert“)	+ 1,5 %	+ 2,2 %
Arbeitslosenquote	6,8 %	6,2 %
Arbeitslosenquote nach EUROSTAT	4,7 %	4,4 %
Unselbständig Beschäftigte („hoher Beschäftigtenstand“)	+ 1,7 %	+ 2,1 %
Leistungsbilanzsaldo (absolut)	+ 6,29 Mrd.EUR	+ 8,76 Mrd.EUR
Leistungsbilanzsaldo (im Verhältnis zum BIP) („Wahrung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts“)	+ 2,4 %	+ 3,2 %

Quellen: AMS; WIFO; Statistik Austria.

meinen Haushalts unter Berücksichtigung der Rücklagenzuführungen in Höhe von 1,9 Mrd. EUR um etwa 1,5 Mrd. EUR verringert werden.

Zusammengefasst zeigt der Bundeshaushalt für 2006 und 2007 folgende Ergebnisse:

	BRA	BVA	BRA	Veränderung	Abweichung
	2006	2007	2007	BRA	BVA : BRA
	Mrd. EUR	Mrd. EUR	Mrd. EUR	2006 : 2007	2007
				%	%
Allgemeiner Haushalt:					
Ausgaben	70,561	69,575	72,332	+ 2,5	+ 4,0
Einnahmen	66,145	65,713	69,462	+ 5,0	+ 5,7
Saldo (= Abgang)	- 4,416	- 3,862	- 2,870	- 35,0	- 25,7
Ausgleichshaushalt:					
Ausgaben	39,090	87,530	57,130	+ 46,2	- 34,7
Einnahmen	43,506	91,392	60,000	+ 37,9	- 34,3
Saldo (= Überschuss)	+ 4,416	+ 3,862	+ 2,870	- 35,0	- 25,7

Saldenrechnungen (siehe TZ 2.2.2)

Der Abgang des Allgemeinen Haushalts hat dem Überschuss des Ausgleichshaushalts zu entsprechen, um den Ausgleich im Gesamthaushalt herstellen zu können. Er kann für die ökonomische Beurteilung der Budgetpolitik wegen der Außerachtlassung längerfristig wirksamer Gesichtspunkte als Saldo nicht allein herangezogen werden.

Bereinigt man den Saldo des Allgemeinen Haushalts („administrativen Saldo“) um die vermögenswirksamen Transaktionen, so erhält man den BIP-relevanten Saldo. Dieser Vorgangsweise liegt die Vorstellung zugrunde, dass die vermögenswirksamen Transaktionen, das heißt die Ausgaben für den Vermögenserwerb und die Einnahmen aus Vermögensveräußerungen, zu einer zeitlichen Verschiebung von Ausgaben und Einnahmen führen und folglich saldenneutral wirken.

Der Primärsaldo des Bundes wiederum bringt vom Saldo des Allgemeinen Haushalts die Ausgaben für den Zinsendienst in Abzug und kann als Indikator der Auswirkungen der aktuellen Finanzpolitik auf künftige Haushalte angesehen werden. Er ermöglicht dadurch Rückschlüsse auf die längerfristige Stabilität der Budgetentwicklung.

	BRA 2006	BRA 2007
	Mrd. EUR	Mrd. EUR
Saldo laufender Transaktionen	+ 2,187	+ 3,862
Investitionen und Kapitaltransfers (netto)	- 6,193	- 5,570
BIP-relevanter Saldo	- 4,006	- 1,708
Saldo vermögenswirksamer Transakt. und Rücklagenzufühhg. (netto)	- 0,411	- 1,162
Saldo Allgemeiner Haushalt (=„administrativer Saldo“)	- 4,416	- 2,870
Zinsen (abzüglich Swap-Zins-Einnahmen)	+ 7,952	+ 8,068
Primärsaldo des Bundes	+ 3,536	+ 5,199

Der Primärsaldo des Bundes verbesserte sich im Jahr 2007 um 1,663 Mrd. EUR auf 5,199 Mrd. EUR.

Stand der gesamten Bundesschulden und der Finanzschulden (siehe TZ 7)

Der Stand der Bundesschulden betrug zum Jahresende 2007 insgesamt 184,899 Mrd. EUR (2006: 185,165 Mrd. EUR), davon entfielen auf die Finanzschulden 157,508 Mrd. EUR (2006: 154,593 Mrd. EUR). Unter Berücksichtigung der Verbindlichkeiten und Forderungen aus Währungstauschverträgen erreichten die Nettofinanzschulden ein Ausmaß von 157,301 Mrd. EUR (2006: 155,285 Mrd. EUR) (siehe TZ 7.2).

Außerhalb des Bundeshaushaltes ist auf die Schuldenstände des ÖBB-Konzerns und des ASFINAG-Konzerns hinzuweisen. Die Konzernjahresabschlüsse 2007 mussten erstmals nach den Bestimmungen der International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt werden, ebenso wie das Jahr 2006 als Vergleichsjahr.¹ Demnach weist der ÖBB-Konzern zum 31. Dezember 2007 lang- und kurzfristiges Fremdkapital in Summe von 12,509 Mrd. EUR (2006: 10,538 Mrd. EUR) aus, wobei gegenüber 2006 eine Steigerung von 19 % zu verzeichnen ist. In der Konzernbilanz der ASFINAG ergeben lang- und kurzfristige Schulden zusammen 10,651 Mrd. EUR (2006: 10,878 Mrd. EUR), wobei die Differenz gegenüber 2006 einer Verminderung um 2 % entspricht (Quellen: Geschäftsbericht 2007 des ÖBB-Konzerns, Geschäftsbericht des ASFINAG Konzerns 2007) (siehe TZ 7.7).

¹ Aufgrund der Abweichungen der IFRS gegenüber den nationalen Rechnungslegungsvorschriften (Unternehmensgesetzbuch - UGB) ergeben sich Differenzen zu den im BRA 2006 ausgewiesenen Beträgen.

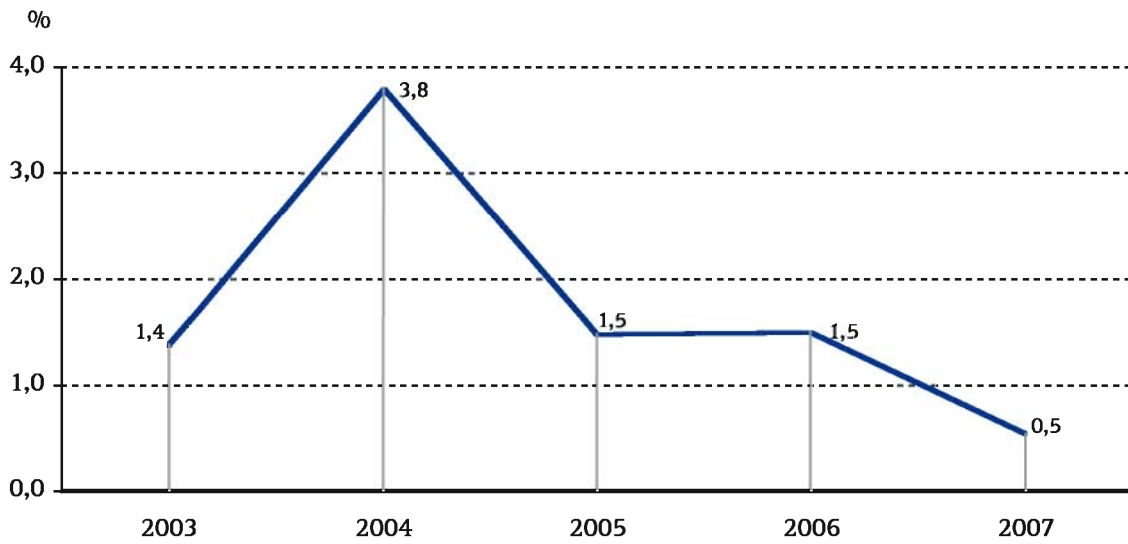
Maastricht-Kriterien (siehe TZ 2.3)

Nach Artikel 104 des EG-Vertrages haben die Mitgliedstaaten übermäßige öffentliche Defizite zu vermeiden und Haushaltsdisziplin zu wahren. Referenzwerte dafür sind eine Defizitquote unter drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts und eine Staatsschuldenquote unter 60 Prozent des BIP. Die entsprechenden Berechnungen sind nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) durchzuführen, das von der Darstellung nationaler Rechnungsabschlüsse abweicht.

Mit der Maastricht-Notifizierung im Frühjahr 2008 wurde nachträglich der im Jahr 2004 vorgenommene Erlass der ÖBB-Schulden in der Höhe von 6,100 Mrd. EUR von EUROSTAT als defizitwirksam angesehen. Dadurch änderte sich der Wert des Defizits im Jahr 2004.

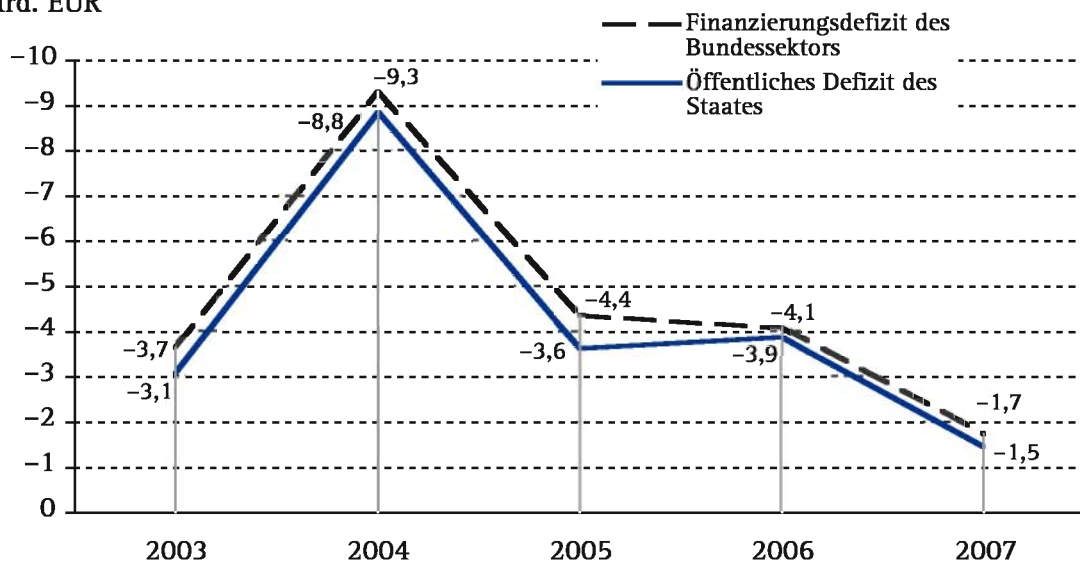
	2003	2004	2005	2006	2007
	Mrd. EUR				
Finanzierungsdefizit des Bundes laut ESVG 95	- 3,425	- 9,343	- 4,222	- 3,995	- 1,685
Finanzierungsdefizit des Bundessektors laut ESVG 95	- 3,651	- 9,316	- 4,356	- 4,084	- 1,747
Finanzierungssaldo der Landesebene laut ESVG 95	+ 0,318	+ 0,327	+ 0,313	- 0,303	- 0,015
Finanzierungssaldo der Gemeindeebene laut ESVG 95	+ 0,390	+ 0,367	+ 0,485	+ 0,532	+ 0,603
Finanzierungssaldo der Sozialversicherung laut ESVG 95	- 0,129	- 0,203	- 0,057	- 0,003	- 0,300
Öffentliches Defizit des Staates laut ESVG 95	- 3,072	- 8,825	- 3,614	- 3,858	- 1,459
Bruttoinlandsprodukt	223,3	232,8	244,5	257,3	270,8
Öffentliches Defizit des Staates in % des BIP	-1,4	-3,8	-1,5	-1,5	-0,5

Defizit des Staates in % des BIP



Öffentliches Defizit

Mrd. EUR



Quelle: Statistik Austria (Stand April 2008, BIP: Juli 2008).

Verschuldung des Staates

Im Jahr 2007 unterschritt die Maastricht-Schuldenquote die Referenz-Marke von 60 % des BIP. Im Jahr 2006 lag sie mit 62 % des BIP über dem Referenzwert.

	2003	2004	2005	2006	2007
	Mrd. EUR				
Verschuldung des Bundes*)	136,0	144,9	151,3	155,3	157,3
- Eigene Bundestitel	9,1	9,3	10,0	10,0	9,9
- Bundesanleihen im Besitz von Bundesfonds	2,5	2,4	2,0	2,0	2,0
+ Verschuldg. Bundesfonds**), ausgegl. Bundeseinheiten	0,8	0,6	0,2	0,2	0,2
+ Finanzierungen des Bundes für Dritte	11,9	6,6	6,0	5,5	4,9
+ Kredittranchen Eurofighter***)		0,5	0,6	0,8	0,7
- Intergovernmentale Forderungen des Bundessektors	1,5	1,9	3,8	4,5	4,6
Verschuldung des Bundessektors	135,4	138,9	142,3	145,2	146,6
Verschuldung der Länder ohne Wien	5,0	5,7	6,8	7,6	8,5
Verschuldung der Gemeinden mit Wien	4,6	4,8	4,8	4,7	4,7
Verschuldung der Sozialversicherungsträger	1,2	1,4	1,8	1,9	1,5
Verschuldung des Staates	146,3	150,8	155,7	159,5	161,3
Bruttoinlandsprodukt	223,3	232,8	244,5	257,3	270,8
	in % des BIP				
Verschuldung des Staates	65,5	64,8	63,7	62,0	59,6

*) Finanzschulden des Bundes lt. BRA, zuzügl. Swap-Schulden, abzügl. Swap-Forderungen (= "Nettofinanzschulden").

**) Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds, Bundeswohnbaufonds und IESG-Fonds (abzüglich Bundesdarlehen).

***) Diese Position wurde innerstaatlich nicht als Schuld, sondern lediglich als Verpflichtung verrechnet.

